

Einzelpreis 25 Pfennig  
mit Deutschem Schrifttum Nr. 7

# Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend  
Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.  
Fernsprecher: Bismarck 8082.  
Postfach-Nummer: Berlin 88714  
Bankverbindung: Deutsche Reichsbank, Berlin SW 7, Bismarckstr. 101  
Unverlangt Manuskripte & Rückporto beizufügen.

### Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich durch die Post 2,- Rm. durch Kreuzband 3,- Rm. Ausg. B monatlich 1 Rm. Deutschösterreich vierteljährlich 3 Schilling.  
Ausland: Viertelj. 1. Dollar.

### Anzeigen-Preise:

Für die 10gepalt. Mittelzeile 15 Goldmark, d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzverknappung entsprechend Aufschlag. Kabatti nach Tarif.

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 31 Berlin, den 1. Erntings (August) 1925 6. Jahrgang

Inhalt: Die „Friedensoffensive“. — Ein Beitrag zu den Fragen der deutsch-russischen Beziehungen und der „eurasischen“ Bewegung. — Landesversammlung der deutschen Freiheitspartei (Württemberg) in Stuttgart am 19. Juli 1925. — Ist die „Deutschnationale Vereinigung“ ein Gewinn für die Freiheitspartei? — Schulblüde und ihre Spiegelschere. — Die Reichstagsaktion der Deutschösterreichischen Freiheitspartei an den Reichskanzler. — Ein Brief.

## Die „Friedensoffensive“.

Es sind keine ruhmreichen Erinnerungen, die sich beim Klang dieses Wortes unserer Gemüter bemächtigen. Sie sind unantennbar vom gleichzeitigen Gedanken an die Namen Bethmann Hollweg und Erzberger. Das waren jene Friedensoffensiven, welche in Angeboten bestanden, welche deutsche Schwächebekenntnisse in die Welt hinein riefen und den Feinden Mut machten, und ihnen die wankende Zuversicht wiederherstellten, daß sie in dem großen Kampfe doch schließlich die Oberhand gewinnen würden. Nichts hat während des Krieges der deutschen Sache mehr Schaden getan, als das sentimentale oder internationalistisch perfide Phrasengeplätscher der Friedensoffensiven. Bei jeder „Friedensoffensive“ waren es aber eine Anzahl strebender deutscher Politiker, welche sich dabei einen „europäischen Namen“ zu machen gedachten und der Anschauung waren, ihnen müsse eben auch das Unglück des Landes zum politischen Besten dienen. Eine Flut von Bitterkeit und Abscheu überkommt uns mit dem Gedanken an jene verlogenen und vom Standpunkte der deutschen Sache aus gesehen törichtesten, in ihrem Ergebnis katastrophalen Versuche, die Friedensoffensiven genannt wurden.

Der deutsche Außenminister, Herr Dr. Stresemann, benannte am 22. Juli seine Sicherheitspolitik mit dem unruhlichen Namen der Friedensoffensive. Ihr politischer und moralischer Wert ist tatsächlich auch damit vergleichbar. Sine qua non ist die sehr starke persönliche Vergleichsfähigkeit: Erzberger und Stresemann repräsentieren in ihren Hauptzügen den gleichen Politikertyp, höchstens mit dem Unterschied, daß der jetzige Außenminister größere mimische Talente hat als Erzberger.

In seiner Rede betonte der Außenminister, es handle sich um eine Friedensoffensive großen Stils. Es ist immer eine bedenkliche Sache, wenn jemand sich eine hohe Anerkennung selbst ausspricht. Das geschieht meist aus dem Grunde, daß niemand anderes sich zu einer solchen Anerkennung bewegen fühlt. Daraus ergibt sich angelehnt an den menschlichen Dranges zur Selbstzufriedenheit, daß die Eigenanerkennung meist sachlich nicht berechtigt ist. In der vorvorigen Nummer des „Reichswart“ ist die nicht eben rühmliche Vorgeschichte des Faktvorschlages geschildert worden. Wer sie kennt, wird ihr jede andere Bezeichnung zubilligen, als die, daß sie großen Stils sei. Höchstens der Verzicht auf Elsaß-Lothringen, die Preisgabe einer deutschen Bevölkerung an den französischen Eroberer mag großen Stiles sein.

Aus der Tagespresse wissen unsere Leser, daß zu Anfang der Reichstagsdebatte, der „großen Aussprache“, Stresemann sprach und zum Schluß der Reichskanzler Dr. Luther; ferner, daß ein Unterschied in diesen beiden Reden überall deutlich bemerkt worden ist. Man hat im nationalen, ja sogar in völkischen Kreisen mit großer Befriedigung auf diesen Unterschied hingewiesen und gesagt: Stresemann habe nun an Luther seinen Meister gefunden, der Kanzler werde die Stresemann'sche Sicherheitspolitik in richtige Bahnen leiten, in solche Bahnen, daß man auch vom völkischen und nationalen Standpunkt mitgehen könne. Man stützt diese Hoffnung hauptsächlich auf die Betonung Luthers: Deutschland könne eine neue Sicherheitspolitik nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abschließen, auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker dürfe durch neue Abmachungen nicht geschmälert werden. — Man illustrierte einander geheimnisvoll zu, das mit dem Selbstbestimmungsrecht gehe hauptsächlich auf Elsaß-Lothringen, also der Verzicht Deutschlands auf die früheren deutschen Reichsländer könne das Recht der Selbstbestimmung der elsass-lothringischen Bevölkerung nicht beeinträchtigen. Dafür werde Luther schon sorgen. — Handelte es sich um eine akademische Doktorarbeit, so könnte man darüber reden. Tatsächlich liegen hier die Dinge aber ganz anders: Deutschland erbiethet sich — nach Luther — zur Anerkennung des durch den Versailler Frieden erzwungenen Gebiets- und Grenzstatus quo. Alle am Rhein interessierten Mächte, vereinigen sich in der Garantie, der Aufrechterhaltung eben dieses Gebiets- und Grenzstatus quo. Wenn mithin eben dieser Pakt sich durch die europäischen Weltmächte garantiert, dafür verbürgt, daß Elsaß-Lothringen französisches Gebiet sei und bleibe, daß das elsass-lothringische Volk einen Teil des französischen Volkes bilde, daß Elsaß-Lothringen keine eigenen politischen Grenzen bestimme, sondern seine Grenze durch diejenige Frankreichs gebildet werde, — so wird es wohl das Geheimnis Herrn Dr. Luthers bleiben, wie unter solchen Umständen der elsass-lothringischen Bevölkerung auch nur der kleinste

Bruchteil von einem Rechte zur Selbstbestimmung gewahrt bleiben könne.

Solche Selbsttäuschungen sind politisch verhängnisvoll, schädlich und gefährlich. Nach Innen in diesem Falle, dadurch, daß sie gedient haben, die Deutschnationale Volkspartei für die Luther-Stresemann'sche Politik wieder einzuspinnen. Wenn man das Vertrauen haben könnte, Luther werde mit Energie und Geschick die ganze Parteipolitik zu Fall bringen, wie ganz kluge Leute einander zuflüstern! Das zu glauben wäre ein großer Irrtum. Der deutsche Reichskanzler ist weit entfernt von so feherischen Gedanken. Mehr als wahrscheinlich ist, daß er sich auch innerlich den Stresemann'schen Plan an sich vollkommen zu eigen macht, höchstens an der Aufmachung, besonders aber an der Einleitung des Faktvorschlags durch Stresemann etwas auszuheben gefunden hat. Gerade in diesem Punkte, wenn überhaupt irgendwo, könnte ein gewisses verständnisvolles Moment für die Beurteilung des Reichskanzlers persönlich, nicht seiner Politik, liegen; er, der Kanzler, ist durch Stresemann's Eigenmächtigkeit und Hinterhältigkeit in die aus der französisch-englischen Antwort erwachsene überaus schwierige diplomatische Lage hineingeritten worden. Er glaubt — unrichtigerweise — sich genötigt, diesen Kurs aufzunehmen, möchte jedoch einige Verschönerungen und Verschleiierungen anbringen, und — das ist das Entscheidende — Dr. Luther will diesen Versuch mit dem Außenminister zusammen machen. Vielleicht ist das Wort: will nicht zutreffend, vielleicht glaubt der Reichskanzler, die Notwendigkeiten der Partei- und Parlamentarierpolitik bilden für ihn in dieser Beziehung einen unbrechbaren und unausweichlichen Zwang.

In der rechtsstehenden Presse ist im Laufe der vergangenen Woche mit großer Befriedigung „festgestellt“ und wiederholt worden, Luther habe Stresemann die Leitung der auswärtigen Politik abgenommen und werde diese mit fester Hand leiten, — ein Grund mehr natürlich für die Deutschnationale Volkspartei, die Parteipolitik zu unterstützen, mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen, mit dem Eintritt in den Völkerbund und was sonst noch dazu gehört. Wir haben vorher gesehen, daß der Luther'sche Pakt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nur eine unzureichende Redewendung ist, die der Verschleiierung der wirklichen Lage dienen soll. Nicht anders ist es mit der „vollen Gegenseitigkeit“ und Gleichberechtigung. Auch das sind sehr schöne Worte, sehr mutige Worte. Vergessen wir doch nicht, daß der Sicherheitspakt im Zeichen des Versailler Vertrages und des Völkerbundes steht und abgeschlossen werden würde. Die Völkerbundsbestimmungen bilden noch immer einen organischen unabtrennbaren Teil des Versailler Vertrages. Ja, man kann so weit gehen, zu behaupten, daß Völkerbund und Versailler Vertrag ohne einander in praxi unmöglich sind. Damit ist die „volle Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit“ von vornherein ausgeschlossen. Jedenfalls vermag ich mir nicht vorzustellen, daß und wie ein in den Fesseln der Versailler Bestimmungen liegendes und nach wie vor diese anerkennendes Deutschland in der Lage sein sollte, gleichberechtigt zu verhandeln und Politik zu machen. Freilich, wenn man allein darin schon Gleichberechtigung erblickt, daß deutschen Vertretern gestattet wird, mit den anderen Mächten formal auf gleichem Fuß zu verhandeln, so ist das etwas anderes. Erkennt man aber die tatsächliche Wirklichkeit an, daß eben der Versailler Vertrag — auch ganz abgesehen von den militärisch besetzten Gebieten — aus dem Deutschen Reich einen unfreien Staat zweiter Klasse gemacht. Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit sind mithin nichts als sogenannte fromme Wünsche, oder bewußt irreführende Phrasen.

Wir wollen unseren politischen Gegnern aber kein Unrecht tun. Die ganz Klugen unter ihnen rechnen etwa folgendermaßen: vor allem kommt es darauf an, erst einmal im Völkerbund bzw. Völkerbundsrat vertreten und da fest im Sattel zu sein. Haben wir so erst den Fuß in die Türspalte gesetzt, so ergibt sich alles andere bei ein wenig Geduld, Fähigkeit und Geschmeidigkeit schließlich ganz von selbst. Man wisse sich eins mit England in dem Wunsche, den französischen Einfluß auf dem Festlande zu einem immer weniger beherrschenden zu machen. Großbritannien mit seinen langsam aber sicher wirkenden Methoden werde unser Bundesgenosse ganz besonders im Völkerbund sein und so werde eine Fessel des Versailler Vertrages nach der anderen, vielleicht langsam, aber sicher fallen. Dieses sei die einzige Methode für Deutschland, wirklich ins Freie zu gelangen und das geniale Verdienst des Außenministers Dr.

Stresemann sei, diesen Weg gewiesen zu haben. Es ist gern zugegeben, daß diese Theorie Bestehendes hat, solange man nicht auf die Grundlagen der jetzt bestehenden Verhältnisse zurückgeht. Das ist aber nötig. Erinnern wir uns vor allem, daß der Krieg geführt worden ist, um Deutschland auf allen Gebieten, auch auf dem der Wirtschaft, als Macht auszuspielen.

Das Interesse und Bestreben der Ententemächte ist und bleibt heute innerhalb des Rahmens ihrer Gesamtpolitik genau dasselbe. Halten wir uns aber an ein konkretes Beispiel:

In dem Memorandum Dr. Stresemanns vom 9. Februar dieses Jahres finden wir u. a. die folgenden Wendungen: „Die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland“. Es fällt auf, daß Herr Stresemann an erster Stelle gerade England nennt, die Inselmacht, die unsere Interessen nicht an irgendeinen Teil des Rheingebiets grenzt. Am letzter Stelle nennt der Außenminister Deutschland, vorher sogar Italien. Aber weiter: „Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein interessierten Mächte sich gegenseitig verpflichten, die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein ununterbrochen zu achten. . . . Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakt die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Versailler Vertrages übernommen hat.“

Machen wir uns klar, was diese Sätze bedeuten: die deutschen Rheinlande, welche eben ihre Tausendjahrfeier begehen, ihre Feiertage als altes deutsches Land, als Teil des deutschen Reiches, — werden vom deutschen Außenminister aus eigenem Antriebe, ohne irgend eine Notwendigkeit, ohne Zwang zu einem internationalisierten Gebiet gemacht. Er verlangt geradezu die Internationalisierung des deutschen Rheinlandes, denn eine internationale Garantie eines Gebietes, eines Landes, bedeutet ohne Weiteres seine Internationalisierung, das Recht der Kontrolle durch die Garantiemächte und damit das Recht der Einmischung. Darin liegt ebenso von vornherein eine Kraft, ein wirtendes Streben enthalten, welches die Rheinlande zu etwas anderem machen wollen und werden lassen, als das übrige deutsche Reich. Herr Stresemann und Herr Dr. Luther rechnen sich die „Befreiung“ der Rheinlande zum besonderen Ruhmestitel und führen schon dieses Ziel fortwährend als Rechtfertigung für ihre Parteipolitik an. Es bezeichnet die ganze Oberflächlichkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland, daß darüber vollkommen übersehen wird, wie die internationale Garantie und Kontrolle eine neue Unfreiheit, eine neue Hörigkeit der Rheinlande schafft und ein neues Moment der Abtrennung vom Reich und vom deutschen Volk. Dieses wird vielleicht allmählich immer mehr hervortreten. Damit kommen wir zurück auf die Beweisführung jener, welche die Stresemann'sche Politik für richtig halten und sagen: das Alles würde sich allmählich auswirken. Gewiß, das wird hier der Fall sein, allmählich, vielleicht zunächst wenig merkbar. Aber die Richtung dieser Kräfte ist unzweifelhaft. Im „Reichswart“ ist bereits früher von dem außerordentlichen Interesse Großbritanniens an den Rheinlanden gesprochen worden. Während der vergangenen sechs Jahre ist sich die britische Politik und Wirtschaft sehr klar darüber geworden, von wie gewaltigem Wert für sie das Rheinland ist und immer mehr werden wird, für die britische Wirtschaft und für den britischen Handel und für den politischen Einfluß des Inselreichs auf dem europäischen Festlande. Denkt man über diese Zusammenhänge etwas mehr nach, so zeigt sich das britische Bestreben, aus den deutschen Rheinlanden etwas wie ein neues Belgien zu machen. Das Einzige, was aber ist, daß ein deutscher Außenminister, ein deutscher Kanzler und eine Mehrheit des Reichstages geradezu mit Begeisterung auf den Plan eingeht. Man begreift um so klarer nun, weshalb die Anregung zum Pakt gerade von britischer Seite gegeben worden ist. — Das deutsche Angebot fordert, wie in jedem Punkte, ohne Not, daß die Vertragsstaaten ebenfalls die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren. Diese Verpflichtung ist im Versailler Vertrag niedergelegt. Das deutsche Paktangebot will mithin befehlen auch jene Zwangsbestimmung von Versailles freiwillig erneuern, verewigen und unter die Garantie jener Mächte stellen. Der Leser wird fragen: wie ist das möglich? In Nummer 28 des „Reichswart“ ist das Memorandum vom 9. Februar abgedruckt worden, als ein

schlechtesten Sinne des Wortes geschichtliches Dokument. Jede Zeile, jedes Wort zeigt, was heute in Deutschland möglich ist und was dabei als vaterländisch, als der Befreiung dienend, als staatsmännlich gepriesen und von den weitesten Kreisen auch dafür gehalten wird. So wirkt dieses Beispiel der Rheinlande überaus drastisch. Nicht allein wird Elsaß-Lothringen, das alte deutsche Land und Rheinland, ohne ein Wimperzucken von einer deutschen Regierung für französisches Land erklärt, sondern ebenso kühl und beflissen werden die Rheinlande der Internationalisierung preisgegeben. Es ist nicht ganz leicht, zu verstehen, weshalb diese sonderbaren Vaterlandstretter dann in vaterländischer Entrüstung gegen die separatistischen Bewegungen im Rheinland gemeldet haben.

Wollte man einmal nach Inhalt und Richtung von der Kritik absehen, so würde dem — also ganz „abgeklärten“ — Beurteiler eines auffallen: die konsequente politische Unwahrheit und Unwahrscheinlichkeit der Träger unserer auswärtigen Politik dem deutschen Volk gegenüber, welchem sie, wie der Ausdruck so schön lautet, „verantwortlich“ sind. Der erste, ganz trasse Fall war das Vorspiel des Kampfes um die Dames-Geleitzugung. Die Leser des „Reichswarths“ dürften sich entsinnen, wie damals, ausgerechnet, durch die „Zentrale für Heimatdienst“, eine Darstellung des Inhaltes des „Sachverständigen-Gutachtens“ gegeben wurde, welche vollkommen falsch und irreführend war. Es war ein letztes großes Verdienst Helfferichs, daß er ganz kurz vor seinem tödlichen Unfall mit Schärfe und Entrüstung auf die Fälschung hinwies. Wir Völkischen haben sie im Reichstag und in der Öffentlichkeit einmal über das andere an den Pranger gestellt. Der Außenminister gab auf eine Frage Herrn v. Graefes zu, daß die Zentrale für Heimatdienst im Einverständnis mit der Regierung arbeite. Dabei blieb es. Dieser ungeheuerliche Unwahrscheinlichkeitszug hat dazu gedient und sollte dazu dienen, die Stimmung des deutschen Volkes für die Dames-Geleitzugung zu gewinnen, zum mindesten den Widerstand gegen sie zu schwächen bzw. nicht aufkommen zu lassen. Bewußte Unwahrheit war das Mittel einer Regierung, die sich eine deutsche Regierung nennt, das deutsche Volk blind, durch sie, die Regierung gebildet, zur internationalen Arbeiterkolonie des Weltkapitalismus zu machen. Heute, ein Jahr nachher, spürt das deutsche Volk an allen Ecken und Enden und monatlich mehr die Fessel

und die Ausfagung, aber die Wahrheit, den wahren Stand der Dinge hat es noch nicht erfasst. Die falsche Vorpiegelung der Regierung währt weiter. Sie wirkt gerade jetzt mit besonderer Stärke, wo es sich um den Sicherheitspakt handelt. Wie die Herren Dr. Stresemann und Luther sagen, befinden wir uns auf dem Wege zum „wirklichen Frieden“. Der erste Schritt dazu sei die Dames-Geleitzugung gewesen, der zweite und endgültige sei der Sicherheitspakt. Dann komme das Europa-Paradies mit dem geachteten freien Deutschland usw. Bald darauf erklärte Herr Dr. Stresemann, etwas ganz anderes über die Gründe der Sicherheitspaktspolitik: England und Frankreich hätten unter sich mit Belgien einen Sicherheitspakt gegen Deutschland machen wollen, da sei er, Stresemann, mit seinem Paktangebot dazwischen gefahren: — wieder zwei Unwahrheiten, wie im „Reichswarth“ wiederholt dargelegt worden ist. — Der Außenminister erklärte dem deutschen Volk, das Ruhrgebiet würde geräumt, weil die Franzosen, dank seiner Politik, abmachungsmäßig die Pflicht hätten, herauszugehen. Das ist wieder nicht wahr. Die Franzosen gehen heraus, um die deutsche öffentliche Meinung für den Sicherheitspakt günstig zu stimmen. Es liegt auf der Hand, daß durch die Fiktion der Deutschen Regierung die ganze Lage, zumal auch die französische Stimmung und die Ziele der französischen Politik vollkommen falsch dargestellt werden.

Es ließe sich noch manches dergleichen anführen. Das Gesagte genügt, um zu zeigen, daß in wahrhaften deutschen Schilderungen die Bevölkerung planmäßig nicht nur im Dunkeln gehalten, sondern geradezu planmäßig unrichtig informiert wird. Ein Unbefangener fragt sich und andere erstaunt: wie ist das möglich, schließlich kann doch eine deutsche Regierung nicht den Wunsch haben, Deutschland ins Unglück zu bringen! — Die Antwort ist nicht schwer: die Mächte des internationalen Kapitalismus regieren Deutschland und zwar absolut denn sie. Die sogenannten leitenden Kreise und Persönlichkeiten folgen den Weisungen blindlings. Auch sind alle ihre Anschauungen derart internationalistisch kapitalistisch durchtränkt, daß sie anders garnicht mehr zu sehen vermögen. Auch das klingt ungeheuerlich. Es ist auch ungeheuerlich, aber es ist keine Uebertreibung, sondern eine tatsächliche und schandbare Wahrheit. Die „Friedensoffensive“ ist eine ebenso große Unwahrheit.

Glaubens, wobei er Glauben mit Wissen identifiziert. Er weiß, daß die orthodoxe, die rechtsgläubige Kirche die kat exochen ist; dieses „Wissen“ lasse keinen Zweifel zu.

Ein Glaubensfanatismus leuchtete auch aus den Augen des Priesters Diodor, der auf der Suche nach dem Absoluten im Schoße der katholischen Kirche Trost und Zuflucht gesucht hatte, aber später wieder zu seinem alten Glauben zurückgekehrt ist. Auch er lehnt den Westen, Europa, das Abendland ab und erhofft das Heil von Rußland und der rechtsgläubigen Kirche, deren Größe und Erhabenheit er frei von Haß mit einer verhaltenen Begeisterung preist.

Nebenbei bemerkt ist der Russe im allgemeinen keineswegs unbulldam. Das Verständnis für die russische Kirche und Religiosität übermittelte dem Berliner Publikum am besten zwei Vorträge in der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ des russischen Gelehrten, Prof. Timaschew und Prof. Arsenjew, die durch ihre wahrhaft vornehme Art so angenehm berührten.

Durch die „Eurasier“ wird der Glaube an die Weltmission des Russentums, der in jedem Russen, wenn auch oft verflucht und unbewußt, schlummert, verankert. Dieser Glaube ist bei Dostojewski z. B. durch und durch religiös, mit starken Zweifeln durchsetzt bei Maxim Gorki; er ist, wenn auch anders gefärbt, auch bei Lenin, diesem typischen Großrussen (somatisch einem reinen „Eurasier“!), entschieden vorhanden gewesen, wenn man den Angaben Maxim Gorki's in seiner kleinen Schrift über Lenin glauben schenken will.

Es ist eine Tatsache, daß ein fester Glaube an die Auserwähltheit seines Volkes in jedem Russen lebendig ist. Es ist ein Glaube, der über alle gelegentlich wohl auftommenden Zweifel letzten Endes triumphiert und den der Russe mit Verstandesgründen zu stützen und zu festigen sich gar nicht bemüht, aus dem einfachen Grunde, weil er überhaupt zu Gefühlsargumenten neigt und weil die Mission seines Volkes für ihn keine Frage unterliegt. Schon vor Jahrhunderten, nach dem Falle von Byzanz (1453) wurde die Vorstellung vom Moskau als dem „dritten Rom“, dem kein „viertes“ folgen werde, in Rußland verbreitet.

Wie sich das Ziel des völkischen und menschenverehrenden russischen Messiasstaates offenbaren soll, weiß kein Russe zu sagen, es wäre auch töricht, ihn danach fragen zu wollen, denn dieses mystische Suchen und Sehnen nach der Erfüllung seines unbekanntes Weltberufes ist von keiner skeptischen Verstandeskühle, von keinen nationalistischen Vernunftgründen begleitet. Es ist das Bekenntnis zu einer Art Uebermenschenart, aber dieses Uebermenschenart trägt keine herrischen Züge, es ist darin viel Demut enthalten und viel unferres Taften, wenn auch dem verschleierte Ziel unweillich zugestimmt wird. Um den Russen möglichst genau zu verstehen, muß man immer im Auge behalten, daß er stets zwischen Extremen schwankt, und daß man ihm verstandesmäßig allein nie beikommen kann, immer muß das Gefühlsmoment mit in Betracht gezogen werden, um diese Seele, die zwischen Stolz und Demut hin und her pendelt, recht zu erfassen.

Diese Ueberzeugung vom Auserwähltheit ist auch im neuen Glauben der „Eurasier“ bewußt oder unbewußt enthalten. Wenn dem Russen ein Hervorheben des Gefühlsmomentes überhaupt eigen ist, wogegen der Versuch eines mehr verstandesmäßigen Erfassens der intuitiv gegebenen und auftretenden Ideenwelt meist zurücktritt, so ist auch die Lehre des Eurasierentums mehr gefühlsmäßig, intuitiv gefaßt, als mit dem Verstande begründet, was auch von „eurassischer“ Seite keineswegs in Abrede gestellt wird, handelt es sich doch bei ihnen mehr um eine ahnungsvolle Vision einer künftigen Welt, als um ein Programm, einer Richtschnur für den Aufbau einer realen Weltordnung. (Fortsetzung folgt.)

## Ein Beitrag zu den Fragen der deutsch-russischen Beziehungen und der „eurassischen“ Bewegung.

Von Dr. Andreas Hoyer.

Die Grundrichtung des nachfolgenden Aufsatzes entspricht den Anschauungen des „Reichswarths“. In einigen Einzelheiten bin ich anderer Ansicht, stehe vor allem dem Hauptwerk O. Spenglers teils skeptisch, teils ablehnend gegenüber, bei aller Anerkennung seines an Geist und Anregung reichen Inhalts.

Krieg und Revolution haben überall große Veränderungen herbeigeführt und zwingen die geistig führenden Schichten aller Nationen zu den Problemen der Umwertung bisher gültiger und Prüfung neuer Werte Stellung zu nehmen. Wohl nirgendwo sind diese Umwertungen so tiefgreifend gewesen, wie in Rußland, kein anderes Volk hat sich mit den alten und neuen Problemen so ernstlich auseinandergesetzt, wie das russische.

Es darf uns daher nicht wundernehmen, wenn sich auch die russische Emigration die Kämpfer der Bürgerkriege und auch der jüngere Nachwuchs der Frage nach den Ursachen der heutigen Lage ihres Vaterlandes zuwendet, die Gründe aufzudecken sucht, die zum Umsturz der alten Ordnung geführt haben, und gleichzeitig sich nach neuen Idealen umblickt, die imstande wären als leuchtende Sterne am nächtlichen Himmel der unbekanntes Zukunft ihr fändendes Bild voranzuleuchten zu lassen.

In Prag erscheinen in unregelmäßiger Folge Sammlungen von Aufsätzen der „Eurasier“, einer Gruppe russischer Intellektueller, die eine Grundlage für den staatlichen Wiederaufbau Rußlands sucht. Außer diesen Veröffentlichungen in Rußland erscheinen auch als Manuskript gedruckte Aufsätze und die neuen Ideen finden auch mit Hilfe der Schreibmaschine weiteste Verbreitung. Denn es wäre natürlich vorzuziehen zu meinen, daß die Richtung der „Eurasier“ nur in Prag ihre Anhänger habe, vielmehr versteht es sich von selbst, daß sie in allen Gegenden, wo sich russische Emigranten aufhalten, ihre Vertreter hat.

Der Name „Eurasier“ enthält schon einen Teil des Programms der neuen Lehre. Rußland ist nicht Europa, es ist aber auch nicht Asien, es hat an der Kultur beider Erdteile teil, Rußland ist etwas ganz Eigenartiges, es steht zwischen Europa und Asien.

Vor einiger Zeit verlas einer der Hauptvertreter des „Eurasierentums“, Herr Stawitski, in der „russischen Akademie“ in Berlin (am Schinkelplatz) ein Referat über seine „eurassische“ Weltanschauung. Die ganze Bewegung ist noch im Werden begriffen, er werden noch verschiedene Meinungen, manchmal einander widersprechender Natur, geäußert, eine dogmatische Fixierung der Grundzüge wird abzuwarten vermieden. Die neue Lehre soll sich allmählich herauskristallisieren.

Herr Stawitski ging von der Natur des Landes, d. h. Osteuropas und Nordasiens, aus, fundierte also seine Lehre sozusagen „geopolitisch“; verfuhrte dann nachzuweisen, daß die westeuropäischen Einflüsse in der älteren russischen Geschichte schwach gewesen seien und, als sie stärker wurden — d. h. während der letzten zwei Jahrhunderte — dem Reiche nicht zum Vorteil gereicht hätten. Sehr stark sei dagegen der Einfluß des Ostens und von Byzanz gewesen.

Die Einführung des Christentums in Rußland von Byzanz aus und die Herausbildung der starken Selbstherrschafft unter mongolischem Einfluß werden von den „Eurasier“ als für die russische historische Entwicklung richtunggebend bezeichnet. Die wenn auch nur teilweise Abkehr von diesen historischen Gegebenheiten und gewordenen Grundzüge sei verhängnisvoll geworden, die Nachahmung fremder, westeuropäischer, Normen, das Eindringen der russischen Volkseele fremder Einflüsse habe das feste Geistes der russischen Staates gelockert; das „Petriinische“ Rußland sei schließlich an dem fremden Gift, welches es aus dem Westen erhalten habe, zu Grunde gegangen. Rußland hatte den Sirenenklängen des „Westens“ sein Ohr geliehen, hatte sich von ihnen betören lassen, war von der ihm historisch vorgezeichneten Entwicklungslinie zu sehr abgewichen. Die „Petriinische“ Epoche der russischen Geschichte, die Zeit der Verwestlichung Rußlands, die etwas länger als zwei Jahrhunderte gewährt hat, ist zu Ende, sie hat zu einer Katastrophe geführt. Eine Abkehr von Europa also, ein Befinnen auf sich selbst und auf die alten Grundlagen der russischen Kultur läßt sich nicht. Sie auf diese Grundlagen zurückzukehren und auf ihnen eine neue,

bodenständige Kultur entstehen zu lassen, bezeichnete Herr Stawitski als die noch zu lösende Aufgabe des neuen, kommenden Rußlands, ihre Lösung vorzubereiten und zu verwirklichen als die Arbeit der heranwachsenden Generation.

Es ist von vornherein klar, daß diese Gedankengänge von einem großen Teil der russischen Emigranten — es ist dies meist die ältere Generation — abgelehnt werden und auf den heftigsten Widerstand stoßen. Diese Herren sehen in der Revolution mit ihren tiefgehenden Wenderungen und Umwälzungen nicht Tatsachen, mit denen auch jedes künftige Rußland zu rechnen haben wird, vielmehr erwarten sie das alleinige Heil von der Wiederkehr des westeuropäischen Einflusses und einer westeuropäischen Regierungsform, sei es nun einer mehr demokratischen oder einer liberal-bürgerlichen oder konstitutionell-monarchischen.

Die Gegner der „Eurasier“ erwidern diesen, daß, wenn von ihnen die „Petriinische“ Epoche als wesensfremd abgelehnt werde, so werde gleichzeitig der starke westeuropäische Einfluß, der ältesten Periode der russischen Geschichte einfach übersehen. Die Gründung des russischen Staates durch slawische Vorfahren und das Erstarken dieses Staates unter der Herrschaft normannischer Fürsten werde stillschweigend übergangen, dagegen werden nur die Kämpfe, die Alexander Newski siegreich gegen Deutsche und Schweden geführt, hervorgehoben.

Die Ausführungen des Herrn Stawitski begünstigen denn auch heftigen Anfeindungen von Seiten der anwesenden Vertreter der „abendländischen“ Richtung innerhalb der russischen Emigration. Besonders scharf waren die Entgegnungen der Herren Professor Gogol und Prof. Baron Taube. Baron Taube, der übrigens kurze Zeit darauf einen Vortrag in deutscher Sprache in der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ in Berlin hielt, in welchem er seine Gegengründe vor einem meist deutschen Hörerkreise geltend machte und wiederholte, verfuhrte den Nachweis zu erbringen, daß Rußland im Verlaufe seiner Geschichte öfters dem westeuropäischen Einfluß zugänglich gewesen sei und daß dieser Einfluß stets zu Rußlands Vorteil ausschlagend, nie sei Rußlands Ansehen in der Welt und bei seinen Feinden größer gewesen, als zu Zeiten der normannischen Fürsten aus Rjuriks Stamme, unter denen er Alexander Newski besonders hervorhob, und während der Zeit so viel geschwächten Petriinischen Epoche. Prof. Gogol wandte sich gegen die Stawitskischen, warnte vor den „Eurasier“, in denen er nur eine neue Erscheinungsform der Panlawisten sieht, und führte den Zusammenbruch des alten Rußland auf den Kultus zurück, der mit dem „Muschit“, dem russischen Bauer, und mit dem russischen Agrarcommunismus, dem „Mir“, getrieben worden sei. Die Idealisierung des „Muschit“, das Kollektieren mit dem Liberalismus und der Demokratie haben Rußland die Revolution befeuert und es an den Rand des Abgrunds gebracht. Sowohl Prof. Gogol als Baron Taube sehen eine Rettung Rußlands nur in einer Stärkung und Festigung des westeuropäischen Einflusses.

Von besonderem Interesse war die Erklärung, die ein russischer Wolga-Tatar namens seines Volkes und moskambanischen Glaubensgenossen in Rußland abgab. Er lehnt das Eurasierentum ab, weil auch er in dieser neuen Geistesrichtung nur einen wiederbelebten Panlawismus erblickt. Der tatarische Redner verfuhrte sich sogar zu der Behauptung, der russische Staat verdanke seine Konsolidierung nur den Mongolen, was einen „Eurasier“ zu einem enttäuschten Zwischenruf veranlaßte.

In seinem Schlusswort beichtete Herr Stawitski im Namen der Eurasier die Versicherung abzugeben, daß das Eurasierentum etwas durchaus Neues sei und gar nicht daran denke, eine Politik der Unterdrückung der Fremdvölker im Rahmen des russischen Gesamtreiches zu betreiben, im Gegenteil, es hoffe, daß jedes Volk und jeder Volkstamm, desgleichen auch jede religiöse und kirchliche Gemeinschaft sich frei und ungehemmt entfalten und entwickeln werde.

Unter den Rednern jenes Abends, die sich an der Diskussion beteiligten, seien zwei Anhänger der „Eurasier“ erwähnt. Der eine ist der russische Gelehrte Prof. Jor Korssawin. Sein Bekenntnis zu Rußland ist mit Verachtung, ja mit Haß gegen alles Fremde gemischt. Er ist auch ein Fanatiker des

## Landesversammlung der deutschen Freiheitsbewegung

(Württemberg) in Stuttgart am 19. Juli 1925.

Von der Landesleitung der nat.-soz. Deutschen Freiheitsbewegung erhalten wir die nachstehenden Zuschriften, die wir unter Vorbehalt eigener Stellungnahme unseren Lesern zur Kenntnis geben.

Die Versammlung war von der Landesleitung auf diesen Tag einberufen worden, um endgültig Stellung zu nehmen zu der Krise, die der Bewegung infolge des Neuaufstehens der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in Württemberg durch Adolf Hitler drohte. Vergeblich waren alle Bemühungen der Landesleitung, mit Hitler zu einer Einigung zu kommen. Selbst das letzte Angebot der Landesleitung, die württembergische Bewegung werde den Weisungen Hitlers Folge leisten, die Mitgliederbeiträge nach München entrichten, die Mitgliedsarten von München beziehen, fand nicht die Zustimmung Hitlers, ja wurde nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Die seitherige Bewegung mit ihrer Leitung sollte restlos verschwinden. Die Versammlung war von den meisten Vertretern der Ortsgruppe glänzend besucht und gab nach den trefflichen Ausführungen Anton Dreger's, des

Gründers der ersten N. S. D. A. P. in Bayern, einmütig seinem Willen Ausdruck:

1. Da Hitler die Bewegung nicht anerkenne, müsse die Bewegung vorläufig ohne Hitler auf dieselben Ziele, wie sie Hitler und Dreger in ihrem Programm festgelegt hätten, hinarbeiten.
2. Die Bewegung behält den alten Namen nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung bei.
3. Einstimmig wird die alte Landesleitung Mergenthaler-Dr. Steger von den anwesenden Vertretern der Ortsgruppen, bestätigt. Unter stürmischen Widerspruch der ganzen Versammlung war der Gedanke der Landesführung, zurückzutreten, abgelehnt worden.

Der Landesführer Mergenthaler zieht am Schluß der Versammlung die Folgerung: den Getreuen, vor allem dem Treuesten der Treuen,

General Lubendorff,

sei unbedingt Treue zu halten, für jeden einzelnen gelte es, die Schwankenden zu befestigen und unter Vermeidung jeden Kampfes gegen die Gegenseite so bald wie möglich mit neuem Mut und frischer Kraft an die Wiederaufnahme der Arbeit zu treten. Ein dreifaches Heil auf das völkisch-sozialistische Großdeutschland der Zukunft behielt die Versammlung.

Die Landesversammlung hat am 19. Juli folgende Beschlüsse, die Organisation der Bewegung betreffend, gefaßt:

1. Die Anwesenden stellen mit Bedauern fest, daß sämtliche Besuche, zu einer Einigung mit der neugegründeten N. S. D. A. P. zu gelangen, ergebnislos verlaufen sind. Die Anwesenden sind ohne Ausnahme entschlossen, der N. S. D. A. P. Hitlers aus wohlbegründeten Bedenken nicht beizutreten, sondern eine Organisation zu schaffen, die die Weiterarbeit auf der seitherigen Basis ermöglicht und für das Ziel einer Einheitsbewegung, die sich über ganz Deutschland erstreckt, eintritt.

- Die Anwesenden verpflichten sich einstimmig, den Beschlüssen der Mehrheit der Anwesenden in Organisationsfragen sich zu fügen.
- Die Mehrheit der Anwesenden beschließt, der Organisation wie sie neu festgelegt ist, den alten Namen nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung in Württemberg zu geben. Ein Unterzettel wird von der anwesenden Versammlung in ihrer Mehrheit abgelehnt.
- Zu Führern der württembergischen Bewegung werden auf Antrag von Hauptmann Stegner, Stuttgart, bestimmt:
  - Professor Mergenthaler als Landesführer,
  - Dr. Steger als stellv. Landesführer und Geschäftsführer der Bewegung.
- Die Bestellung eines Landesauschusses wird bis zur nächsten Landesversammlung vertagt, die stattfinden soll, sobald sich das Werden der Bewegung geklärt hat und eine klare Uebersicht über die Sachlage ermöglicht ist.
- Die treugebliebenen Ortsgruppenführer üben ihre Funktion weiter. Sie erhalten folgenden Auftrag:
  - Innerhalb 14 Tagen sollen sie eine Liste ihrer Ortsgruppenmitglieder anlegen. (Vor- und Zuname des Mitglieds, Beruf, Geburtstag, Jahr und Ort, jetziger Wohnort). Diese Listen sollen so rasch wie möglich an den Landesgeschäftsführer eingeleitet werden, um das Anlegen einer neuen Kartei zu ermöglichen, um bald eine Uebersicht über die Bewegung zu erlangen.
  - Die Versammlung beschließt, daß neue Mitgliedsarten ausgegeben werden sollen; die ehemaligen Mitglieder der N.S.D.A.F., die in der Bewegung bleiben, erhalten dieselben unentgeltlich, später hat jedes neuereitretende Mitglied einen Werbebeitrag zu entrichten, dessen Höhe die Landesleitung im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Landesauschusses festlegt. (Voraussetzliche Höhe 1 bis 2 Mark).
  - Sis zur Ausarbeitung neuer Richtlinien sollen die Sitzungen, die 1924 für den Landesverband der N.S.D.A.F. Württemberg ausgearbeitet wurden, und die durch die Reichsführerschaft ihre Bestätigung fanden, in Geltung bleiben.
  - Als monatlicher Beitrag, den die Mitglieder der Bewegung an die Landesgeschäftsstelle regelmäßig und pünktlich durch die Ortsgruppenführer abzuführen haben, werden, wie bisher, 50 Pfg. festgesetzt.
  - Um der Landesgeschäftsstelle eine geordnete Weiterführung ihrer Geschäfte zu ermöglichen, verpflichten sich eine Reihe der Anwesenden zu regelmäßigen monatlichen Beiträgen bis 31. Dezember 1925, die auf das Postfachkonto Dr. Steger, Wallenbach, Postfachamt Stuttgart, Konto Nr. 27 375, eingezahlt werden.
  - Gegen die Angabe der Höhe der Verwaltungskosten erhebt sich keinerlei Widerspruch.

Die Landesleitung:  
Mergenthaler. Dr. Steger.

### Rundgebung der Nationalsozialistischen deutschen Freiheitsbewegung in Württemberg.

Der Landesverband Württemberg der N.S.D.A.F. unterführte im vergangenen Jahr, die von der Reichsführerschaft insbesondere von General Ludendorff geförderten Bestrebungen, die N.S.D.A.F. und die Deutschvölkische Freiheitspartei zu einer großen, einheitlichen Organisation, die Nat.-Soz.-Freiheitsbewegung Großdeutschlands zusammenzufassen. Auf der Reichstagung im Weimar im August 1924 wurden unter fast einstimmiger Zustimmung diese Einheitsbestrebungen in die Tat umgesetzt.

Der Verlauf des 9. November 1923 in Bayern und die Folgezeit haben gezeigt, daß die dort herrschenden ultramontanen, reaktionär-monarchistischen Kreise es unmöglich machen, von Bayern die Deutsche Frage in nationalem und sozialem Sinne zu lösen. Der Glaube an Bayerns völkische Sendung für ganz Deutschland ist am 9. November 1923 zu Grabe getragen worden. Wir müssen unsere Arbeit einstellen auf weite Sicht. Eine „Arbeiterpartei“ ist dafür eine zu schmale Grundlage, da vor allem auch die Besitzenden mit völkisch-sozialem Geist durchdrungen werden müssen.

Aus dieser Erkenntnis heraus halten wir auch heute noch die von General Ludendorff angestrebte Einheitsbewegung für die alleinige Möglichkeit, erprobliche Arbeit zu leisten und politischen Einfluß zu erringen.

Nachdem Hitler diese Auffassung des bisherigen Landesverbandes Württemberg der N.S.D.A.F. abgelehnt hat und nachdem wir durch äußerstes Entgegenkommen die Trennung vermeiden wollten, mußte endlich eine klare Entscheidung herbeigeführt werden, um den Weg für aufbauende Arbeit frei zu machen.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat uns leider zu der Ueberzeugung führen müssen, daß Hitler sich auf einem verhängnisvollen Weg befindet, auf dem wir ihm aus Treue zur Sache nicht folgen können.

In einer sehr fruchtbar besuchten Landesversammlung, die am 19. Juli 1925 in Stuttgart stattfand, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den bisherigen Landesverband Württemberg der N.S.D.A.F. in die Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung umzuwandeln und als selbständige Organisation bestehen zu lassen.

Es wird nach wie vor unser Bestreben sein, die Trennung zu beseitigen und alle völkisch-sozialen Gruppen zu einer starken Organisation zusammenzufassen. Persönliche und sachliche Spannungen müssen von einer großen Bewegung ertragen werden.

Die Kampfgruppen in den Parlamenten sind nur Teile in der Bewegung. Sie sind bei der derzeitigen politischen Lage taktisch zweckmäßig und bedeuten keine Anerkennung des heutigen Parlamentarismus.

Der Kampf hat sich nie gegen religiöse Bekenntnisse gerichtet. Dagegen halten wir nebst dem Marxismus und Judentum den Ultramontanismus für den Todfeind des von uns erstrebten völkisch-sozialen Großdeutschlands. General Ludendorff hat klar und offen auf diese Gefahren hingewiesen, und daher der haßerfüllte Kampf gegen den aufstrebenden deutschen Mann.

General Ludendorff hat Hitler und dem Nationalsozialismus die Treue gehalten, als er am 9. November 1923 mit unsern Kameraden dem Maschinengewehrfeuer an der Feldherrnhalle in München entgegenmarschierte. Er blieb treu in den Schwereigkeiten und Kämpfen in der Zeit, als Hitler in Landsberg in Haft war.

Unsere Einstellung, wie sie in vorstehendem zum Ausdruck kommt, ist mitgetragen von dem Glauben, daß es für deutsche Männer nur eines geben kann

#### Treue um Treue!

Auch wir sind der Auffassung, daß es vor allem darauf ankommt, den deutschen Arbeiter vom Marxismus zu befreien und ihn dem nationalen Gedanken zurückzugewinnen. Dazu ist aber nötig, daß wir auch den nationalen belagerten Kreisen immer

wieder einhämmern, daß es kein freies Deutschland geben wird ohne soziale Gerechtigkeit. Andernfalls wird einem etwaigen Aufstieg Deutschlands wieder ein innerer Zusammenbruch folgen.

Wir sehen es als eine der Aufgaben der nationalsozialistischen Bewegung Württembergs an, den Gedanken der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands, wie er bei der Weimarer Tagung im August 1924 zum Ausdruck kam, zu bewahren und zu pflegen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Macht der Gegner und die gesteigerte Not des Vaterlandes uns alle mit eiserner Faust zur Einheit zwingt.

Trotz alledem frisch und unverzagt! Es lebe der Kampf für deutsche Freiheit und Vaterland, für ein freies völkisch-soziales Großdeutschland!

Stuttgart, den 19. Juli 1925.

Nationalsozialistische Deutsche Freiheitsbewegung Landesleitung Württemberg.  
Mergenthaler. Dr. Steger.

### Ist die „Deutschsoziale Vereinigung“ ein Gewinn für die Freiheitspartei?

Die Schriftleitung des „Reichsworts“ hat recht, wenn sie die Veröffentlichung der Ausführungen des Herrn Wollermann zu der Frage, laut Ueberschrift, als ein Wagnis bezeichnet; sie hat ganz offenbar auch das Gefühl gehabt, daß die Frage in ihrer Richtigkeit und die Ausführungen dazu zu mancherlei Widerspruch reizen können.

Da ich hier in einem kleinen Orte des besetzten Gebiets den in Frage stehenden Vorgängen zu fern stehe und nur mit einigen gleichgesinnten Freunden den „Reichswort“ und andere deutsche Schriften lese, kann ich auf eine ausführliche Erörterung der Frage nicht eingehen und will nur einige allgemeine Betrachtungen im Sinne der Sammlung anstellen.

Ich habe aus dem Aufsatz des Herrn Wollermann den Eindruck gewonnen, daß es ihm darauf ankommt, einigen völkischen Draufgängern, die mit ihrer bisherigen Werbearbeit weise Schiffsbruch gelitten haben, die Bahn frei zu machen für die Einreihung in die Führerschaft der deutschvölkischen Freiheitsbewegung und glaubt, daß das am besten dadurch erreicht werden kann, wenn die deutschvölkische Freiheitsbewegung ihre Strafe Führergliederung, von der der Aufsatzschreiber selbst sagt, daß sie einzig ist, lockert.

Unsere gegenwärtigen Führer sind, soweit ich durch Überlegung des Lesens ihrer Schriften und Beobachtung ihrer öffentlichen Handlungen in ihr Wesen eingedrungen bin, ganz deutsche Männer und ich begrüße es mit inniger Freude, daß sie darauf zu achten gelernt haben, daß auch nur ganze deutsche Männer, die den tiefen Sinn der deutschen Freiheitsbewegung erfasst und in ruhiger, sachlicher Arbeit sich verdient gemacht haben, als Mitarbeiter in der Führung berufen werden. Herr Dr. Best z. B. ist so ein Urväter.

Auf „Stimmungsmaße“ darf es nach den bisherigen Erfahrungen gar nicht ankommen, mir persönlich ist sie sogar grenzenlos verhaßt geworden. Dagegen ist eine besonnene, wachsame, andauernde Aufklärungsarbeit und mannhaftige Handlungsweise ganz selbstverständlich. Leute, die sich auf „Stimmungsmaße“ und zu gegebener Zeit auch — völkisch — „einzustellen“ verstehen, sind nach meiner Meinung in unserer Freiheitsbewegung ganz unmöglich. Ich bin dabei weit davon entfernt, auch etwa Herrn Kunze zu solchen Leuten zu rechnen.

Es ist meines Erachtens gar kein Grund dafür vorhanden, wirklich aufrechte deutschvölkische Männer, nur weil sie zur Erreichung des gemeinsamen großen Ziels andere Wege glauben gehen zu müssen, als indirekte Gegner zu bezeichnen. Es kommt

doch am Ende wohl nur darauf an, daß es gelingt, ein wahres, starkes Volkstum zurückzuerobert und somit unser gegenwärtiges Kulturleben von Grund auf umzugestalten. Daß dabei die soziale Frage, das A und O der ewigen Streitigkeiten, im besten Sinne zu lösen ist, ist selbstverständlich. Und in diesen Dingen, auf die es, wie gesagt, ankommt, habe ich zu meiner Freude unter den wahren deutschvölkischen Männern stets eine Uebereinstimmung feststellen können, wie sie anders auch gar nicht möglich sein kann.

Nach meiner Meinung kann ganz bedenkenlos getrennt marschieren und vereint geschlagen werden; denn es ist für mich einfach ganz undenkbar, daß auch nur einer unserer Führer, der den Sinn unserer heiligen Freiheitsbewegung restlos verstanden hat, das gemeinsame hohe Ziel jemals aus den Augen verlieren kann. Es wären Wacklappen, wenn sie ganz nebenherlichen Dingen wegen, die Klinte ins Korn werfen wollten. Die angeblich vielen der besten völkischen Kämpfer, die abwardend zur Seite getreten sind, sind in meinen Augen keine völkischen Kämpfer. Ich habe das Gefühl, daß diese abwarten wollen, wo in unserer Bewegung ein geeignetes oder ungeeignetes Pflöckchen zu ergreifen ist und solche auchvölkischen haben eben den Sinn unserer Freiheitsbewegung noch nicht restlos verstanden. Entweder müssen sie das noch tun, um dann ruhig und selbstlos mitarbeiten zu können auf eigenen oder anderen Wegen, oder aber, sie müssen bei denen bleiben, die nur einmal geführt werden müssen.

Ich gehöre mit einigen Freunden hier keiner deutschvölkischen Gliederung an, trotzdem arbeite ich alle hilflos so gut es geht und verehere den Feuergeist Adolf Hitler genau so sehr, wie Theodor Frick, Graf Krentlow, Franz Sidhr und wie sie alle heißen. Wie unendlich schwer und vielseitig eine deutschvölkische Werbe- und Bildungsarbeit ist, habe ich schon in unserem kleinen Kreise erfahren. Trotzdem wir hier alle sogenannten ungeübte Menschen sind, haben wir es schon oft als äußerst peinlich empfunden, daß leider auch die Mehrzahl unserer Führer, von den anderen vielen auchvölkischen sogenannten Gebildeten gar nicht zu reden, noch gar nicht gelernt hat, sich zu bemühen, deutsch statt welsch zu sprechen und zu schreiben, obwohl wir uns doch, gerade auch in dieser Hinsicht, von dem anderen Geschlecht vorzuziehen müßten. Aber das ist kein Grund für uns, verstimmt zu sein und abwartend beiseite zu treten. Wir lassen das unseren Führern wissen und betrachten dieses als einen kleinen Teil unserer Mitarbeit.

Auf „Stimmungsmaße“ kommt es also nicht an, denn die Stimmung geht in der Regel so schnell, wie sie erzeugt ist. Es kommt vor allem darauf an, daß jeder einzelne, sei es auch nur im kleinsten Kreise, so überzeugend wirkt, daß er auf seine und somit auch unsere Freunde, denen er die Binde von den Augen genommen hat, Häuser bauen kann. Es mag manchem auchvölkischen eigenartig erscheinen, wenn er erfährt, daß wir, die diese Ansichten ausprechen, in den denkbar schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, nicht etwa, weil wir im besetzten Gebiet wohnen, sondern durch lange Stellenlosigkeit und andere Mißstände keinerlei aber ganz wenig Einnahmen haben und trotzdem nicht für „Stimmungsmaße“ und schnelle Uänderung der wirtschaftlichen Verhältnisse z. B. eintreten. Wir halten uns eben an das Wort „langsam aber sicher“, selbst auf die Gefahr hin, daß wir selbst keinen „Kuchen“ mehr von unserer Mitarbeit haben.

Nimmt die Deutschsoziale Vereinigung jetzt, nach dem Zusammenbruch mit der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, diese hier vorgezeichneten Gedanken voll und ganz in sich auf und sie muß sie in sich aufnehmen, wenn ihre Männer deutsche Männer sind, dann bedeutet der oben erwähnte Zusammenschluß tatsächlich einen Gewinn für das deutsche Volk.

Otto B. Angel.

### Schuldfrage und ihre Spiegelfechtere.

„Mich ängstigt nicht dieser schmutzige Schneefall auf die Köpfe der deutschen „Intelligenz“ — so äußerte sich der Sprecher unserer „Hermannsbootschaft“ in der C. B.-Zeitung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Dagegen sieht er größte Gefahr für seine Rasse in der Anhäufung von Kapitalien bei — den „Hermannssohnen“ und möchte gern nach Art seiner Glaubensbrüder dahinter kommen, wer denn die Riesenmittel für diese ungeheure Aufklärungsarbeit zur Verfügung gestellt habe. Wollte er denn er das aus dem Zusammenhang unserer nachfolgenden Ausführungen, denn wir stehen auf dem gleichen Standpunkt, wie der bekannte Hamburger und plattdeutsche Dichter Thomas Westersch, der in einem seiner letzten Werke „Der heimliche Deutsche“ (Zwei Welken-Verlag, Stade) sagt:

„Fortan wird nur noch der allertüchtigste Wille, innerlich und damit nach außen — wahr zu sein, Geltung haben. Damit bricht die kulturell völlig ausgeschöpfte, nicht mehr entwicklungsfähige Welt der Untertassen zusammen.“

Was in enge ist hält heute die Welt gefangen. Seele und Naturgeist stehen heute in schlechtem Kurs. Ueber-Organisation, Ueber-Zentralisation: das sind die Verfallszeichen unserer trostlos verlotterten Zeit. Organisationen aber erlösen jedes individuelle Leben, sie sind der Satz jeder persönlichen Freiheit. Organisationen sind landfremde Pilgervölkchen und werden meist von land- und uns feindlichen niederen Menschen zur Befriedigung persönlichen Ehrgeizes, oft aber zu weit schimmerem aufgebaut und gehalten. Besonders scheinen uns die jüdischen gefährlich, die auf ihrem Schilde das Wort „überparteilich“ stehen haben. Für Eingeweihte bedeutet das in der guten deutschen Uebersetzung: Schonung des Judentums und ihrer Hilfstruppen. Wo in Organisationen, Bündnen und Auktorgesellschaften gesittlich Jüdengegnerisch ausgeschaltet wird, da sind in der Regel die Spitzen mit Kapital und niederrassigen Instinkten an das Judentum gefesselt.

Die einzig berechtigte und lebensbedingte Organisation in Deutschland ist diejenige der Volkswehr. Die hat uns das Internationale Judentum mit seinen niederrassigen und verführten Trabanten gründlich zerschlagen und damit Glück und Wohlstand aller deutschen Volksgenossen. — Die übrigen Organisationen unserer Zeit fördern einzig und allein das große Verfallsbild in allen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft. Selbstverantwortung will niemand mehr tragen, einer verkrümelt sich hinter dem andern. Das nennt man: „Disziplin halten“. Früher hielt man Disziplin in allen ehrlichen Dingen, heute ist die Disziplin auf jeden Täuschungsstrich und jedes Betrugsmanöver ausgedehnt worden.

Wie bei den Banken, Versicherungsgesellschaften, Schieberkongernen der Inflationzeit, Lebens- und wellfremde Eigenschaften und Tödel mit großen Namen in die Aufsichtsräte hineingeworfen wurden, so sehen wir dieselben finlen Ehrgeiztrüffel, Papiisten- und Freimaurergeneräle im vielen heute als gut national angepöndelten, in Wirklichkeit jüdisch und

jehuditisch gegängelten Bündnen und Organisationen als Aushängeschild eine Rolle „spielen“. Ueberall das gleiche Bild: Vorläufiges Davieren, konsequentes Aus-dem-Wege-gehen jeglicher Konsequenzen, Auschau nach Feinden an verkehrter Front. So bekämpft der vermeintliche Proletarier den Bürger, der letztere den „Arbeiter“ und keiner will den Feind im eigenen Lager erkennen, der in seiner verhängenen Weise dem deutschen Volke die entsetzlichsten Prüfungen ersinnt. Wir können uns im Rahmen dieses kurzen Aufklärungsbriefes nicht mit den leider allzuvielen Betäubungs- und Betrugsmanövern unserer inneren Feinde befassen, sondern nur durch Hinweis auf ganz große Geschäfte den Blick unserer deutschen Volksgenossen für die tauschendelei Ursachen klären, denen ihr und ihrer Familie und Sippe äußerer und innerer Reichtum zum Opfer gefallen sind.

Beginnen wir doch gleich mit der Schuldfrage, die den Verfall der Friedensverträge und das Dawesabkommen zum Ziele hatte und damit die heute sichtbar wirtschaftliche, körperliche, seelische und politische Not heraufbeschwor. Das Material über die Kriegsschuldfrage hat sich hergehoch angehäuft, und wer von der Unschuld Deutschlands noch nicht überzeugt sein sollte, dem empfehlen wir, sich in die vorbildlichen Forschungsarbeiten des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, Berlin N. W. 6, Schadowstraße 2, zu vertiefen. In 5 Millionen Exemplaren hat derselbe eine kleine Schrift, betitelt: Schuld am Kriege mit 60 Selbstzeugnissen der Entente, zusammengestellt von dem bekannten Moeller van den Bruck, herausgegeben. Auf der ersten Seite dieser kleinen Schrift bezeichnet sich der A. d. V.

„als mit der einheitlichen Führung des Kampfes gegen den Fehlspruch von Versailles betraut. Er vereint auf überparteilicher Grundlage alle Spitzenorganisationen, Einzelverbände und Einzelpersonen, die in der Kriegsschuldfrage tätig sind.“

Nun war aber der A. d. V. in unserer „Hermannsbootschaft“ unter diejenigen Bündne geraten, denen wir als gute Deutsche ablehnend gegenüber stehen müßten, worauf wir viele viele Anfragen und Mitteilungen, z. T. höchst mysteriösen Charakters, erhielten. O ja, der A. d. V. weiß vortrefflich auf dem wichtigsten Instrument deutschen Gefühlslebens zu spielen und zieht alle Register. Anzuschließen mußte er sich unter Führung des Freiherrn von Bersner 1056 Bünde; alle Parteien und Reichsstellen unterstützen ihn. Heute unter der Leitung des Gouverneurs a. D. Dr. Schnee vereint der A. d. V. über 1100 Bünde in sich. Das Werbematerial ist meisterhaft erbracht und mit hohen Vorbildern und Namen geschmückt. Allerdings, der von dem A. d. V. und dem Frauenauschuß zur Bekämpfung der Schuldfrage herausgebrachte Volkstaler zeigt — wir wollen annehmen, nicht mit Unrecht — unseren großen „Hermann den Cheruskier“ in stark verschandelter Form, gemißbrachten als Landstreicher. Dafür aber sind unsere neuzeitlichen großen Männer mit Facsimilehandschrift im Innern des „Volkstalers“ mit z. T. begeißelnden Hinweisen auf die „Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriege vertreten — voran Oberst, Mars, Stresemann, Freiherr von Bersner, Schiffer, Löbe, Hans

Delbrück, Montgelas, Dernburg und andere. Erinnern wir uns nun, daß Freiherr von Berner Vorsitzender der Friedensdelegation in Versailles war — viele behaupten, er wäre Halbjud — und daß die Herren Delbrück, Montgelas, zusammen mit Schüding und dem Geheimen Hofrat Prof. J. U. Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy die Schuld Deutschlands am Kriege wissenschaftlich zu ergründen hatten, wobei ihnen durch die gemeine Handlungsweise des Juden Eisner und den Diebstahl wichtigster Dokumente aus dem Auswärtigen Amt, ein etwas schiefes Urteil gelang, so können wir uns nicht recht damit einverstanden erklären, daß auf die Meinung gerade dieser Männer der A. d. B. ein so hohes Gewicht legt. Da ist uns in diesem Falle ein ehrlicher Ausländer — ein weißer Nabe allerdings — als Kronzeuge lieber. Das ist E. D. Morel, der bekannteste englische Sozialistenführer, der nichts geringeres sagt, als:

„Wir stoßen in England auf so große Schwierigkeiten, weil gewisse politische Richtungen in Deutschland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den allein Schuldigen am Kriege hinzustellen. Die Theorie von Deutschlands alleiniger Schuld kann nur dazu beitragen, daß die imperialistischen Pläne der verbündeten Regierungen gefährdet und diese ermüdet werden, noch weiter ein Volk zu demütigen, das sich im Staube der Selbstverurteilung wohl zu fühlen scheint.“

Dem Mangel an außenpolitischen Kenntnissen, wie er sich offenbar aus der obigen Neuerung eines Ausländers für jeden bei uns maßgebenden Politiker aus jener Zeit herauslesen läßt, suchte der Hamburger Senat mit seinem Antrag 65 vom 19. Januar 1923 auf Bewilligung von Mitteln für das Institut für auswärtige Politik abzuhelfen. Die „Bürgerzeitung“ hat nicht alle für dieses neue Institut nötigen Geldmittel bewilligen brauchen, denn, so heißt es auf der zweiten Seite des Antrages: „Für die Ausstattung und die Erhaltung des Instituts sind von privater Seite in erheblichem Maße Mittel in Goldparität zur Verfügung gestellt.“ Es war gut, daß wir damals noch reiche Leute in Deutschland hatten, denn die Papier-Billionen der Inflation hätten den Auf- und Ausbau dieses — wahrscheinlich — sehr wichtigen Instituts unmöglich gemacht. Als aber bekannt wurde, daß ausgerechnet das jüdische Bankhaus M. M. Warburg & Co. die gedachten Mittel zur Verfügung gestellt hatte und daß der Lehrer der Rechts- und Staatswissenschaft, Geheimer Hofrat Professor J. U. Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy dem im Jahresbericht 1923 des „Instituts für auswärtige Politik“ als „berühmter Vertreter des Pazifismus“ gebührend wurde, desselben Professors, der durch die Schuld des Juden Eisner ein etwas schiefes Bild von der Schuld Deutschlands am Kriege erhielt, Leiter des Instituts geworden war, da wurden doch viele unserer Bürger hellhörig. Das kam zum Ausbruch in der Gerichtsverhandlung am 4. und 5. Dezember 1924 in dem bekannten Prozeß Warburg-Frisch, in den schließlich auch noch die Angelegenheit des Geheimrats Frisch von der Dresdener Bank hineinspielte, mit seinen weitläufigen Plänen, die er mit den Herren Warburg, Meißner, und Mendelssohn-Bartholdy unter Anrufung des Reichskanzlers zu verwirklichen gedachte. Ausführliches darüber in dem stenographisch aufgenommenen Prozeßbericht, der unter dem Titel: „Mein Streit mit dem Hause Warburg“ im Hammer-Verlag, Leipzig, erschienen ist. — Ueber das Institut für auswärtige Politik hören wir später noch Näheres, einstweilen wollen wir uns wieder dem Arbeitsauschuß deutscher Verbände zuwenden.

Da fragt mutig der Geschäftsführer, Herr Draeger, in seinem Artikel „Offnet die Archive“ in der Januar-Nummer des A. d. B. Mitteilungsblattes: „Was fürchten Sie eigentlich, Herr Poincaré?“ Da Herr Poincaré wahrscheinlich Besseres zu tun hat, als auf solch intelligente Frage Antwort zu geben, wollen wir für ihn antworten: Herr Poincaré ist der „Sieger“ (!!) und er wäre sicher ein noch größerer „Idealist“ als sämtliche deutschen Revolutionshelden und Friedensmacher, wenn er die ihm von den Leuten in die Hand gedrückten Trümmer schwach sinnig wieder herausgeben wollte. Also Herr Poincaré fürchtet sich in dieser Weise gar nicht ein bißchen, sondern ist sehr stolz auf das seinen lieben Franzosen bereite Vergnügen des endlichen Triumphierens über das deutsche Volk. Freilich wird dieses Vergnügen nicht lange mehr dauern, nämlich keinen Tag länger, als der A. d. B. aufgehört haben wird, zu existieren. Wir können ihm nämlich den Vorwurf nicht eriparen, daß er durch sein inniges Hand-in-Hand-Arbeiten mit der Regierung jede Möglichkeit einer tatsächlichen und nicht nur platonischen Aufrollung der Schuldfrage verspielt hat. Wäre es anders, so hätte ja die unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichstags-

präsidenten, Herrn Geheimrat Dr. Jacob Pieper, mit Unterstützung des ehemaligen Kolonialministers Dr. Salomon Dernburg und vieler anderer hoher Politiker in großem Format angenommene Entschliebung vom 29. Juni 1924 endlich wohl mal zum Ziele führen müssen. In der Entschliebung heißt es doch wörtlich:

„Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat die endliche Aufrollung der Schuldfrage zugesagt.“

Vergleicht man mit dieser vor über einem Jahre gefaßten Entschliebung den weiteren erschütternden Umfall des Reichskanzlers Dr. Marx mit seinem „Widerruf“ vom 29. August 1924, so wissen wir eigentlich nicht mehr, was denn das winzelnde Zuhäufeln unserer Unschuld am Kriege noch für einen praktischen Wert haben soll.

Wir wagen kühn zu behaupten, daß die ganze Marx-Stresemann-Dames-Politik — der „Kladderadatsch“ nennt sie in seiner letzten Nummer: Straußenfederhelden-Politik — nicht möglich gewesen wäre, wenn die jüdischen Auftriebskräfte des deutschen Volkes nicht derzeit gigantisch im Arbeitsauschuß deutscher Verbände gefesselt gewesen wären. Aber angenommen selbst, daß der A. d. B. — dieses Monstroschuldfrageaufrollungs-unternehmen — ausgesprochener Gegner der Reichspolitik gewesen wäre — in Wirklichkeit war er ja, wie oben gezeigt, alles andere als das — so wäre ja selbst als Gegner der A. d. B. leicht abzubiegen gewesen, sofern die „Reichsgewalt“ gedroht hätte. Was aber hätte wohl eine Reichsregierung machen können, wenn die 1100 Bünde mit ihren vielen Millionen Mitgliedern, jeder von sich aus, in ununterbrochenen Eingaben an die Regierung die Aufrollung der Schuldfrage immer erneut gefordert hätten, besonders in der Zeit des wachsenden, uns Deutschen schließlich über den Kopf gestülpten Dawes-Vertrages. Es wurde ein Bezierenspiel mit uns getrieben, wie es verwirrender die Welt noch nicht gesehen und wie es die von irregulierten „Arbeiterführern“ zur Ausführung gebrachte Revolution ein Kinderpiel damit verglichen ist. Die durchweg rein wirtschaftlich eingestellte bürgerliche „Intelligenz“ aller politischen Lager, mit nur wenigen Ausnahmen, wurde durch den Arbeitsauschuß deutscher Verbände in das Dawes-Grab gestürzt.

Bevor dasselbe durch den drohenden Sicherheitspakt endgültig aufgehoben wird, fordern wir in letzter Stunde alle wahrhaft völkischen und nationalen Bünde auf, sich unverzüglich aus den Rängen der große „Klapper“ (Schlange) zu befreien und den Tag der Hermannsfeier im Teutoburger Walde mit einer Kundgebung zu beschließen, die der deutschen Regierung die endliche Aufrollung der Schuldfrage an Hand des ihr zur Verfügung stehenden gewaltigen Materials zur Pflicht macht.

Dieser Hermannsbrief Nr. 2 geht sämtlichen Bünden zu, die dem A. d. B. angeschlossen sind, damit keiner derselben sagen kann, er hätte von seiner passiven Totengräberrolle nichts gewußt. Ferner erhalten ihn sämtliche Zeitungen von Bedeutung, einschließlich der bekannten jüdischen, die Telegramm-Agenturen und alle für das völkische Erwachen Deutschlands maßgebend gewordenen Persönlichkeiten und Organe, sowie der Großteil der maßgebenden politischen Persönlichkeiten und Parteiführer.

„Die Hermannsöhne.“

### Die Reichstagsfraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei an den Reichskanzler.

Berlin, 25. Juli 1925.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Meine politischen Freunde haben im Reichstage den Antrag (Drucksache Nr. 139) eingebracht, der die Rechtsgültigkeit der Dawes-Gebühre anzweifelt, weil sie verfassungswidrige Gesetze sind und trotzdem nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten haben. Wir haben in unserem Antrage demgemäß gefordert, daß unsere Anzweiflung der Rechtsgültigkeit von den zuständigen höchsten Gerichten des Reiches nachgeprüft werde. Die Reichsregierung hat es nicht einmal für nötig gehalten, ihrerseits zu unserem Antrage Stellung zu nehmen, wie es durch Sie selbst oder durch den Herrn Reichsjustizminister erwartet werden mußte. Wir ist aus meiner langjährigen parlamentarischen Erfahrung kein Fall in Erinnerung, wo eine Reichsregierung einen derartig ersten Antrag einfach ignoriert hätte; ich erblicke in dieser Haltung nicht nur eine Ufererschließung der parlamentarischen Fraktion gegenüber selbstverständlich erscheinenden Lokalität, sondern eine direkte Verletzung des Geistes, der Verfassung und eine allgemeine Gefährdung der Rechtsfreiheit. Ich richte deshalb namens meiner politischen Freunde nochmals persönlich das Er-

suchen an Sie, die verlangte gerichtliche Klarstellung über die Rechtsgültigkeit der Dawesgebühre herbeizuführen, widrigenfalls wir annehmen dürfen, daß Sie und die Regierungsparteien eine solche Klarstellung fürchten müßten. Meine Freunde werden einem etwa beschäftigten passiven Widerstand gegenüber jedenfalls nichts unterlassen, um eine solche Klarstellung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen.

In vorzüglicher Hochachtung

ergebenst  
(gez.) v. Graefe, M. d. R.

### Ein Brief.

Der völkische Abg. v. Graefe hat an das deutsche nationale Mitglied der Zolltarif-Kommission, Geheimrat Thomsen, folgendes Schreiben gerichtet:  
Berlin, 28. Juli 1925.

Sehr verehrter Herr Kollege!  
Angehts der Geschäftslage des Hauses gestatte ich mir sehr ergebenst, Ihnen im Nachstehenden Mitteilung zu machen von der Auffassung meiner politischen Freunde über die Situation. Wir sind, — obwohl wir in Opposition zur Regierung stehen und auch die Resultate der Zolltarifverhandlungen nicht billigen können, — bereit, durch möglichst vollständige Anwesenheit für die Beschlußfähigkeit des Hauses und damit für die ordnungsgemäße Erledigung der noch ausstehenden wichtigen Vortagen gewissenhaft mitzuwirken, so lange wir einen klaren Willen bei der Regierung und ihren Parteien erkennen, einer sinnlosen Verschleppung der Verhandlungen, die schließlich doch mit einem resultatlosen Zerplatzen des Reichstages enden muß, bestimmt entgegenzetreten. Wir sind aber nicht bereit, uns als Staffage für die Parteigruppierung mißbrauchen zu lassen, die heute Kompromisse untereinander schließt, um sie morgen wieder zu durchlöchern, die heute eine einheitliche Mehrheit zu sein scheint, um morgen wieder auseinander zu bröckeln, kurzum, die keinen Willen und keine Entschlußkraft zeigt, und deren Regierungsexponenten, weit davon entfernt, zu führen, keine anderen Direktiven hervorbringen vermögen, als in augenscheinlicher Hilflosigkeit chronisch mit Kabinettskrisen und Reichstagsauflösung zu drohen.

Ich beehre mich deshalb, Ihnen schon heute mitzuteilen, daß, so fern nicht umgehend ein endgültig festgelegter und tragbarer Arbeitsplan für den Reichstag vorgelegt werden kann mit der verbindlichen Zusicherung der Mehrheitsparteien, daß er unter allen Umständen durchgeführt werden wird, meine Freunde ernsthaft erwägen werden, ob sie sich zurzeit noch an diesen fruchtlosen Verhandlungen des Reichstages beteiligen können, oder ob sie in dem Konflikt des Gewissens nicht besser jetzt den außerparlamentarischen Berufspflichten bis zum Herbst den Vorrang einräumen müssen. Wir haben keine Veranlassung, den katastrophalen Selbstmord dieses heutigen Parlamentarismus unerserzeits aufzuhalten, noch dazu, wenn die Agonie dieses Systems die akuten völkischen Schädigungen hervorruft.

Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, den Führern Ihrer Regierungsparteien von dem Inhalte dieses Schreibens liebenswürdigsterweise Kenntnis geben zu wollen, indem ich in vorzüglicher Hochachtung verbleibe  
Ihr sehr ergebener  
gez. v. Graefe, M. d. R.

**Büchereingang bei der Schriftleitung des „Reichsworts“.**  
Madison Grant, Der Untergang der großen Rasse. Ins Deutsche übertragen von Prof. R. Pollock. 172 Seiten und 4 Karten. München 1925. J. F. Lehmanns Verlag, geb. 6 M., geb. 7 M.  
Prof. Dr. Richard Geiger, Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges. XVI und 310 Seiten. München 1925. J. F. Lehmanns Verlag, geb. 8 M., geb. 10 M.  
Albrecht Philipp, M. d. R., Die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918. Die Geschichte einer parlamentarischen Unternehmung. Brunnen-Verlag Karl Winkler, Berlin. 1 M.

Bestellungen auf sämtliche hier angeführten Bücher durch die Buchverhandlung Ute und Ute des Reichsworts, Berlin SW 11, Bernburger Straße 30 (Postfach, Berlin 88714).

Beilage: Der heutigen Nummer liegt „Das Schrifttum“, herausgegeben von Prof. U. Bartels, 17. Jahrgang, Nr. 7, bei.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Reichswort. Für den Anzeigenteil: S. Lana, Berlin. Verlag: „Der Reichswort“, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30. Druck: Neubeuthaler Verlag- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW 11, Seemannstraße 12.

## Geradezu Wunder

wirkt oft Dr. med. G. Campe's Magenmittel „Stomanol“ bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Aufstoßen, Gefühl des Völleins in der Magengegend, Spannung und Beengung im Leibe, Atemnot, Unfähigkeit klar zu denken, Magendrücken, Magenschmerzen, Magenkrampf, Magengeschwüre, akuten und chronischen Magenkatarrh. Die Beschwerden und Schmerzen lassen in den meisten Fällen bald nach, schlechte Verdauung wird gehoben, übermäßige Gasbildung verhindert, vorhandene Blähungen aus dem Körper geschafft.

### Lesen Sie, was ein Magenkranker schreibt.

Ersuche höfl., mir postwendend eine 2. Sendung Stomanol-Tabletten anher zu senden. Gen. Tabletten haben mich von meinen furchtbaren Magen- und Leibscherzen schon so kuriert, daß ich doch wieder Lebensfreude gewann, was jahrelange Arztbehandlung nicht zu Stande brachte. Der Nachnahmesendung entgegensehend zeichnet  
Lauingen a. D., 21. 7. 25.

Solche Dankschreiben gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

### Es gibt in der Tat nichts besseres für Magenkranke.

Säumen Sie daher nicht, Dr. med. G. Campe's „Stomanol“ kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne daß Sie für den Versuch einen Pfennig auszugeben brauchen. Verlieren Sie keine Zeit, sondern schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-Neustadt C. 519, und Sie erhalten sofort kostenlos und franko eine Gratisprobe „Stomanol“ nebst einer interessanten Broschüre.

Dr. Weiß  
Asthma-Kurhaus  
Bln.-Südende.

Volksbund  
Programmheft  
gegen 1 Mk. von  
Kanzler G. L.  
Dessel, Annen i. W.

AUGUST FRÄDRICH  
Engl. Americ. Tailor  
BERLIN NW 21, Wilhelmshavener Str. 12  
Telefon: Moabit 3624

Nur Aachener und engl. Stoffe in großer Auswahl / Garantie für guten Sitz  
Gegründet London 1896

Reichswortleser werbt für eure Zeitung!

Weltbekanntes vornehmes Haus  
Dresden Hotel Bellevue  
unvergl. herrl. Lage  
R. RONNEFELD, Vorstand und Leiter

Dir. Eckes, Söh. Werbe-Blatt, Steglitz, Hiltjebr. 24  
Alle Klassen (gamm. u. real), Einz. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883.  
2 Büten inmitten großer Gärten.

Reichswortleser!  
Hast Du schon Graf Reventlow's neuestes Schriftchen:  
**Völkisch-Kommunistische Einigung?**  
Preis 30 Pf. Bei Voreinsendung franko, sonst gegen Nachnahme zu beziehen durch die  
Buchverandsabteilung des Reichsworts  
Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, Postfach 88714 Berlin.

Herrenmoden  
nach Maß zu soliden Preisen, auch Stoffannahme  
Fritz Bethge,  
Berlin N, Rosenhaller Straße 63-64,  
Telefon: Nordend 4729

Detektivbüro  
Auskunftei, Geschäfts-, Privat-, Heiratsauskünfte, Rechtsfragen  
Unverbilligt, Intasso.  
O. Lange, Berlin S 42,  
Moritzpl. Aschingerstr. Gegr. 1895.

Deutsche Hausfrauen  
kauft  
**Nähmaschinen**  
bester deutscher Fabrikate  
Wolff, Berlin NO 55, Sulefend-Str. 46.  
Eigene Reparatur-Werkstatt, Jahrgangs-erleichterung. Auf Wunsch unverb. Bef.

Berlin, Zietenstr. 22  
Fischer's Vorbereitungs-Anstalt  
f. alle Schulexamina. Abt. ab U-III, Gegr. 1888. Internat. Damenvorber. teilig. Zahlengang, unerr. Fortg. Erfolge f. Prop. Dir. Fischer, Ditt. d. R. a. D.

Browning alt  
Kal. 7.65 M. 17.  
Kal. 6.35 M. 17.  
Mauser M. 30.  
Jagdwallen.  
Radioapparate v. Stat. hörb. M. 50.  
Benelendorff,  
B.-Friedenau, Rheinstr. 97

Hoch- u. Tiefbau-, Beton- u. Eisen-  
beton-Ausführungen  
**Carl Burchardt**  
Wohnhäuser, Stall- und Wirtschaftsgebäude, Gründungen mit Pfählen und Brunnen, Bagger- und Rammbetriebe, Erdarbeiten, Eisenbahnbauten, Straßenbau, Brücken, Uferbefestigungen, Kanäle, Wiesenbauarbeiten, Eisenbetonpfähle, Eisenbetonzunstele, Zementrohren.  
Berlin-Lichterfelde, Berliner Str. 135